

Niger: Aggressives Frankreich. Lavierende USA. Russland könnte politisch profitieren. Und was sagen örtliche Gewerkschaften?

Entscheidung zur gewaltsamen Intervention fiel noch nicht, doch die Dinge scheinen sich zu beschleunigen. Und was sagen überhaupt örtliche Gewerkschaften zur Sache? (Und leichte Einschätzungskorrekturen am Ende dieses Artikels.)

Am Ende der abgelaufenen Woche schienen sich die Vorbereitungen für eine militärische Intervention der Nachbarstaaten in die afrikanische Republik Niger zu beschleunigen. Der Staatspräsident der westafrikanischen Elfenbeinküste/Côte d'Ivoire, Alassane Ouattara, sprach davon, das ivoirische Kontingent stehe bereit, die Finanzierungsfrage sei geklärt, und eine Intervention dort könne „drei Monate dauern“. (Vgl. <https://actucameroun.com/2023/08/11/niger-alassane-ouattara-la-cote-divoire-fournira-un-bataillon-et-a-pris-toutes-les-dispositions-financieres-pour-loperation-sielle-doit-durer-trois-mois/>) Zugleich nahmen die Widerstände gegen eine Militärintervention auch in der Region zu.

Inzwischen hat sich einer der Mitgliedsstaaten der potenziell intervenierenden westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEDEAO oder ECOWAS, französisch respektive englisch abgekürzt) in Gestalt der Kapverdischen Inseln explizit gegen eine Intervention ausgesprochen. (https://www.francetvinfo.fr/monde/afrique/niger/niger-le-cap-vert-membre-de-la-cedeao-est-oppose-a-une-intervention-militaire_6002027.html und <https://www.lalibre.be/international/afrique/2023/08/11/coup-detat-au-niger-le-cap-vert-membre-de-la-cedeao-oppose-a-une-intervention-militaire-PF37UYV2GNFO5IKRJJG6EY4KAU/> sowie <https://tchadinfos.com/le-cap-vert-membre-de-la-cedeao-oppose-a-une-intervention-militaire-au-niger/>) Und hier noch die Liste der Mitgliedsstaaten der Regionalorganisation CEDEAO: <https://www.cnews.fr/monde/2023-08-11/coup-detat-au-niger-quels-sont-les-15-pays-membres-de-la-cedeao-1385957>

Kein Pogo mit Togo

Ein weiterer Mitgliedsstaat der CEDEAO bzw. ECOWAS, nämlich Togo, sowie das östliche Nachbarlands Nigers – d.h. der Tschad, welcher nicht zu den Mitgliedsländern der CEDEAO zählt, da das Land zu Zentralafrika und nicht zur westafrikanischen Zone gezählt wird – weigern sich offiziell, ihr Staatsgebiet als Startrampe, Ausgangsbasis oder militärstrategisch genutztes Hinterland für eine Niger-Intervention zur Verfügung zu stellen. (Vgl. <https://actucameroun.com/2023/08/13/le->

[tchad-et-le-togo-refusent-de-servir-de-base-arriere-aux-attaques-envisagees-contre-le-niger/](#))

Sowohl in Togo als auch im Tschad regiert je eine pro-französische Diktatur; im Tschad handelt es sich dabei formal um eine „Übergangsregierung“ (bis 2024), da nach dem gewaltsamen Tod des langjährigen Autokraten Idriss Déby Itno, an der Macht von Dezember 1990 bis zu seinem Ableben im April 2021, ein „Militärischer Übergangsrat“ (CNT) die Staatsgeschäfte übernahm. An dessen Spitze steht niemand anders als einer der Söhne des langjährigen Staatsschefs, in Gestalt von Mahamat Idriss Déby, als „Übergangs“präsident. Es zählt wenig Fantasievermögen dazu, sich vorzustellen, dass im Tschad derzeit weniger ein Übergang von der Diktatur zur Demokratie abläuft, denn ein Übergang von Diktatur zu Diktatur. Nichtsdestotrotz weisen die Regimes in Togo wie auch im Tschad bestimmte Eigeninteresse auch gegenüber der langjährigen „Schutzmacht“ Frankreich auf, und/oder fürchten die Folgen eines möglichen verheerenden Regionalkrieges. - Im Tschad ist Frankreich seit vierzig Jahren offen militärisch präsent (<https://www.la-croix.com/Monde/Tchad-quarante-annes-presence-forces-francaises-loperation-Manta-2023-08-09-1201278325>); 23 Abgeordnete des „Übergangs“parlaments forderten vergangene Woche durch eine von ihnen unterzeichnete Resolution den Rückzug der französischen Truppen.

Kommt eine Intervention (mit dem Risiko eines Regionalkriegs), oder nicht?

Die Drohkulisse steht, die Interventionstruppe steht bereit, doch zumindest vorläufig soll es bei der Drohung mit dem militärischen Knüppel bleiben. Auf diese kurze Formel lässt sich die Beschlusslage des Sondergipfels der Regionalorganisation CE-DEAO respektive ECOWAS (<https://www.actuniger.com/politique/19418-conference-de-la-cedeao-sur-le-niger-voici-les-principales-decisions-prises-par-les-chefs-d-etat-a-abuja.html>) vom vorigen Donnerstag, den 10. August in der Bundeshauptstadt Nigerias, Abuja, bringen.

So enthält der Punkt (k) ihrer Abschlusserklärung (<https://ecowas.int/communiqué-final-deuxieme-sommet-extraordinaire-de-la-conference-des-chefs-detat-et-de-gouvernement-de-la-cedeao-sur-la-situation-politique-au-niger/>) die Ankündigung, die für militärischen Druck zuständige Eingreiftruppe aufzustellen und bereit zu halten; doch der darauffolgende Punkt L. läuft darauf hinaus, es zunächst einmal mit friedlichen Mitteln zu probieren, um dieselben Ziele zu erreichen.

Kein Militärputsch von „unten“, eher „von oben“; doch auch gewerkschaftliche Unterstützung

Hauptziel wäre dabei die Wiedereinsetzung des, am 26. Juli dieses Jahres durch einen Armeeputsch gestürzten Staatspräsidenten Mohamed Bazoum im west- bzw.

mittelfrikanischen Staat Niger. Treibende Kraft hinter dem Staatsstreich waren dabei, anders als bei den vorausgegangenen Militärputschen in den Nachbarländern Mali im August 2020 sowie Mai 2021 und Burkina Faso 2022

(<https://jungle.world/artikel/2023/21/kontinuierliche-uebergaenge>), nicht die unteren und mittleren Ränge der Armee – die sich in diesen vorgenannten Fällen gegen die Generalität wie auch gegen die politische Staatsführung durchsetzten, und dabei durch mehr oder minder massiven Applaus aus der Bevölkerung begleitet wurden -, sondern die obere Armeespitze.

Zuvor hatte es im Mai dieses Jahres Streitigkeiten zwischen der militärischen Hierarchie und dem damaligen Staatspräsidenten Bazoum um Postenbesetzungen gegeben.

Allerdings bedeutet dies nicht, dass die Putschregierung deswegen unpopulär oder in breitesten Bevölkerungskreisen verhasst wäre. Dies ist bislang nicht der Fall, auch wenn die Gesellschaft grundsätzlich gespalten ist (und die Perspektive einer Militärregierung natürlich nicht nur Jubel hervorruft). Doch es ist vor allem die, bislang verbale, Konfrontation mit der Ex-Kolonialmacht Frankreich, welche ihr Unterstützung einträgt. Wie auch in den vorausgegangenen Putschfällen in den Nachbarstaaten Mali und Burkina Faso.

Übrigens auch seitens von Gewerkschaften. Jedenfalls sind mehrere, darunter die wichtigsten, nigrischen Gewerkschaftsverbände derzeit in einer *Unité d'actions syndicales* (ungefähr: „Einheit für gewerkschaftliche Aktionen“) zusammengefasst. Diese unterstützt in einer am 03. August dieses Jahres unterzeichneten Erklärung – vgl. dazu das Dokument im Originalwortlaut, mitsamt Unterschriften und Stempeln, [im Anhang als PDF](#) – den Machtwechsel infolge des Putschs, sowie die Bestrebung nach nationaler Souveränität und verurteilt „die Instrumentalisierung der CEDEAO durch Frankreich“. (Letzteres bildet tatsächlich die vorantreibende Kraft hinter aktuellen Interventionsplänen.)

Außenpolitische Umorientierung

Die Auswechslung der Machthaber infolge des Staatsstreichs bedeutet auch die Perspektive auf einen zumindest teilweisen Bündniswechsel des Landes, vor allem weg vom bisherigen Hauptverbündeten, der früheren Kolonialmacht Frankreich. Diese Forderung ist in der Region überaus populär, aus nahe liegenden Gründen, die mit der inzwischen notorischen (<https://jungle.world/artikel/2021/29/das-schwert-soll-es-richten>) Erfolglosigkeit Frankreichs bei der seit 2013 zunächst in Mali (https://www.buchkomplizen.de/out/media/vlb_9783897710511_0.pdf) ausgerufenen militärischen Bekämpfung ebenso zusammenhängen wie mit Jahrzehnte hindurch betriebenen (<https://www.telepolis.de/features/Wie-die-EU-Afrikaner-durch-die-Seitentuer-schleust-und-warum-Putin-in-Niger-kein-Boesewicht-ist-9234108.html>) Rohstoffraub. (Siehe auch <http://archiv.labournet.de/internationales/ne/schmid2.html>)

Dass die von Frankreich betriebene Intervention gegen jihadistische Aktivitäten in der Region unter diesen Voraussetzungen unter Legitimitätsmängeln in den Augen der örtlichen Bevölkerung leidet und fast nur erfolglos bleiben konnte, ähnlich wie in Afghanistan, dürfte zum Teil auf der Hand liegen.

Ein politischer Profiteur dabei könnte bzw. dürfte Russland heißen. Doch ist Vorsicht bei den Einschätzungen angebracht. Denn neben Frankreich, das derzeit 1.500 Soldaten in Niger aushält und aus dem Land – seit dem politischen erzwungenen Abzug seiner Armee aus Mali 2022 – seine regionale Drehschreibe machte, unterhält auch die US-Armee dort Stützpunkte, unter anderem eine Drohnenbasis (https://de.wikipedia.org/wiki/Niger_Air_Base_201). Zwar häufen sich Berichte darüber, dass die neue Militärregierung in Niger nun bei Russland auch militärische Hilfe holt. (<https://fr.africanews.com/2023/08/05/niger-la-junte-fait-appel-aux-mercenaires-russes-du-groupe-wagner/>) Dennoch dürfte es wohl nicht zum unmittelbaren militärischen Showdown zwischen US-Amerikanern und Russen in der Sahelzone kommen; ähnlich, wie die beide Großmächte ihn in den letzten zehn Jahren in Syrien vermieden (was dort allerdings auch auf einen Bestandschutz für das durch Russland unterstützte Folterregime der Familie Al-Assad hinauslief).

Die US-Administration lavierte deswegen in den letzten zwei Wochen auch tendenziell herum, was ihre Position zum Niger betrifft. Es wäre viel zu kurzschlüssig, aus der vergangenen Ausbildung einzelner nigrischer Militärs in den USA (<https://www.telepolis.de/features/Portal-The-Intercept-enthueilt-Niger-Putschist-in-USA-ausgebildet-9234454.html>) unmittelbar auf irgendeine Schlüsselrolle des Landes bei dem Putsch zu schließen. Handelt es sich doch nicht einfach um Marionetten. Dasselbe gilt auch für Russland. Doch offenkundig ist die US-Administration, zunächst auf suchende Weise, um Einflussnahme bemüht.

Noch am Dienstag, den 1. August wollte man im Weißen Haus in Washington D.C. deswegen auch gar nicht die Alarmglocken betreffend den russischen Einfluss schrillen lassen - man habe keinerlei Hinweise darauf, dass Russland in den Putsch verwickelt sei, hieß es zunächst, und man habe keine Entscheidung zur Evakuierung von US-Staatsbürger/inne/n aus dem Niger getroffen und auch nicht darüber, zwischenstaatliche Entwicklungshilfe einzufrieren -- wie Frankreich dies vorige Woche gegenüber dem Niger, zu Anfang dieser Woche nun auch gegenüber Burkina Faso tat. Die Behörden in Paris ließen unterdessen schon seit demselben 1. August in fünf Flugzeug-Rotationen alle ausreisewilligen französischen Staatsangehörigen sowie rund 500 Angehörige anderer westlicher Staaten evakuieren.

Doch inzwischen hat auch die US-Administration mit dem Ausfliegen als „nicht wesentlich“ (*non essentiel*) bezeichneter Teil ihres Personals in Niamey begonnen. Und sie hat den Ton gegenüber der Putschregierung verschärft, Präsident Joe Biden forderte wie auch etwa sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron die volle Wiedereinsetzung des gestürzten Präsident Bazoum in sein Amt. Dieser ist gesundheitlich wohlauf, scheint jedoch in seiner Residenz unter Hausarrest und Überwa-

chung der Militärregierung zu stehen. Am vorigen Donnerstag (den 03.08.23) appellierte er in der *Washington Post* an die USA, notfalls gewaltsam gegen die Putschregierung vorzugehen.

US-Administration behält einen Fuß in Niamey

Allerdings hat die US-Administration, wie am vorigen Wochenende (dem des 12./13. August 23) bestätigt wurde, inzwischen eine neue Botschafterin in der nigrischen Hauptstadt Niamey ernannt: Kathleen FitzGibbon. (Vgl. u.a.

<https://www.youtube.com/watch?v=WqAkkWsN270> und

<https://www.france24.com/fr/vid%C3%A9o/20230813-fr-nw-grab-mabin-sur-niger-07h-panaye-margaux> sowie <https://fr.news.yahoo.com/kathleen-fitzgibbon-nouvelle-ambassadrice-am%C3%A9ricaine-074001091.html>) Diese löst die bisherige (kommissarisch amtierende) diplomatische US-Vertreterin in Niamey, Susan N’Garnim (<https://ne.usembassy.gov/fr/our-ambassador-fr/>), ab.

Ihre Nominierung war am 27. Juli dieses Jahres, also am Tag nach dem Staatsstreich in Niger (dem Putsch vom 26.07.23), durch den US-Senat bestätigt worden; dieser muss der Ernennung von Botschafter/inne/n zustimmen. Offiziell bekannt gegeben und bekräftigt wurde ihre Einsetzung nun zu Ende voriger Woche.

In diesem Kontext ist der französischen Presse zu entnehmen, dass man im offiziellen Paris fürchtet, in Niger (auch) durch den nordamerikanischen Partner tendenziell ausgebootet zu werden. (Vgl. <https://www.lefigaro.fr/international/apres-le-putsch-au-niger-la-france-craint-d-etre-doublee-par-son-allie-americain-20230813>)

Treibende Kraft bei einem gewaltsamen Vorgehen, das jedoch beträchtliche Eskalationsrisiken für die gesamte Region und die Gefahr eines neuen „afrikanischen Weltkriegs“ nach dem zu Anfang der 2000er Jahre in der Demokratischen Republik Kongo (u.a. unter Beteiligung von Rwanda, Angola, Zimbabwe...

(https://fr.wikipedia.org/wiki/Deuxi%C3%A8me_guerre_du_Congo) geführten heraufbeschwören könnte, wäre vor allem Frankreich.

Am vorigen Dienstag, den 08. August 23 warf die neue Staatsführung in Niamey der französischen bereits vor, ihren Luftraum verletzt zu haben, man habe vom Tschad her ein Militärflugzeug in den geschlossenen nigrischen Luftraum eindringen lassen. (<https://www.tf1info.fr/international/coup-etat-niger-la-junte-accuse-la-france-d-avoir-viole-son-espace-aerien-2266180.html>) Von französischer Seite her wird dies jedenfalls heftig dementiert. (https://www.bfmtv.com/international/violation-de-l-espace-aerien-du-niger-par-la-france-c-est-un-mensonge-lance-par-la-junte-alors-meme-que-la-mission-etait-autorisee-pour-jerome-pellistrandi-consultant-defense-bfmtv_VN-202308090563.html) Dazu hieß es, eine französische Maschine sei tatsächlich im nigrischen Luftraum (welcher geschlossen worden war) geflogen; dies jedoch „in Ansprache und in technischer Kooperation mit den nigrischen Behörden“ geschehen.

(Vgl. <https://www.lejdd.fr/international/niger-la-france-nie-les-allegations-des-militaires-putschistes-137649>)

Daneben beruft sich das offizielle Frankreich nun wiederum auf den „illegitimen“ Charakter der seit nunmehr einer guten Woche amtierenden neuen (faktischen) Machthaber, um grundsätzlich zu verweigern, was diese jetzt einfordern: die Aufkündigung der seit 1961 sowie 1977 sukzessive abgeschlossenen Militärabkommen des Staates Niger mit Frankreich, von denen zumindest einige Klauseln der Geheimhaltung unterlagen. (<https://www.europe1.fr/international/niger-bazoum-appelle-a-laide-les-putschistes-menacent-de-riposter-et-limogent-quatre-ambassadeurs-4197161> und <https://www.ouest-france.fr/monde/niger/video-niger-la-junte-militaire-rompt-les-accords-de-cooperation-avec-la-france-e7b7ee41-1062-44ae-b185-d3bb6d0ece9a>)

Nur mit demokratisch legitimierten Regierenden, verlautet dazu nun aus Paris, könne man darüber diskutieren. Doch dies ist natürlich ein ziemlich schlechter Witz: Im Laufe der jüngeren Geschichte des 1960 formal unabhängig gewordenen Landes fanden vier erfolgreiche Militärputsche und mindestens sieben Putschversuche statt, die klare Mehrzahl der regierenden Staatspräsidenten ging selbst aus Putschen hervor. Das älteste derzeit gültige militärische „Kooperationsabkommen“ zwischen Paris und Niamey, dasjenige vom 19. Februar 1977, das zu den sieben von nigrischer Seite aufgekündigten vier Abkommen zählt, wurde unter dem 1974 aus einem Armeeputsch siegreich hervorgegangenen Staatspräsidenten Seyni Kountché abgeschlossen. Also just mit einer Putschregierung eingegangen.

Forderungen im Befehlston aus Paris können deswegen die Vorgänge im Niger nur verschärfen und der neuen Militärregierung eher Popularität verschaffen denn nehmen. Auch wenn ein Teil der Bevölkerung sich derzeit eher „zwischen dem Hammer der Militärs und dem Amboss der CEDEAO / ECOWACS“ sieht, wie eine in Niamey tätige Anwältin (Name ist der Redaktion bekannt) es gegenüber dem Verf. dieser Zeilen formuliert hat.

Rund 30.000 Menschen nahmen am vorigen Sonntag, den 06.08.23 in einem Stadion in Niamey an einer Unterstützungkundgebung für den Machtwechsel teil. Mehrere Tausend Menschen demonstrierten am vorigen Freitag, den 11. August 23 erneut zugunsten des Machtwechsels und gegen französische Interessen, dieses Mal direkt an der französischen Militärbasis in Niamey. (Vgl.

<https://fr.africanews.com/2023/08/11/niger-manifestation-hostile-a-la-france-pres-de-la-base-francaise-de-niamey//> und <https://lefaso.net/spip.php?article123572> oder https://www.lepoint.fr/afrique/niger-des-manifestants-pro-militaires-se-reunissent-devant-une-base-francaise-12-08-2023-2531369_3826.php sowie <https://www.ouest-france.fr/monde/niger/niger-manifestation-des-partisans-du-regime-militaire-pres-de-la-base-francaise-a-niamey-ba77c06c-19de-4fd7-8b11-cfe867adbf88> - sowie im Video: https://www.youtube.com/watch?v=4_5gc_0c8lc ; auch: <https://www.youtube.com/watch?v=4O1Pg1cU3R4> oder <https://www.youtube.com/watch?v=U-Qx2AcfZtg> und https://www.youtube.com/watch?v=aWpuF_dvpyM)

Unterstützung erhält Frankreich potenziell von eben dieser westafrikanischen Regionalorganisation. Dazu stünden der CEDEAO respektive ECOWAS rund 245.000 Soldaten zur Verfügung. Auf nigrischer Regierungsseite stünden dem rund 30.000-köpfige Truppen gegenüber, zusammen mit den verbündeten Staaten könnte diese Zahl auf 57.000 angehoben werden. (Vgl. <https://www.midilibre.fr/2023/08/06/coup-detat-au-niger-57-000-soldats-chez-les-putschistes-la-france-refuse-dintervenir-quelles-sont-les-forces-en-presence-11382215.php>)

Doch zuletzt kam auf Seiten der Regionalorganisation ein politisches Interventionshindernis auf: In Nigeria, also bei der mit Abstand stärksten Militärmacht innerhalb der Wirtschaftsorganisation westafrikanischer Staaten, verweigerte der Senat (also das parlamentarische Oberhaus) dem im Februar dieses Jahres frisch gewählten Bola Tinubu die Zustimmung zur Intervention. (Vgl. <https://www.vanguardngr.com/2023/08/niger-coup-senate-rejects-military-action-cautions-ecowas-tinubu/> und <https://tchadinfos.com/le-senat-nigerian-rejette-lintervention-militaire-au-niger/> oder <https://guineematin.com/2023/08/05/intervention-militaire-au-niger-le-senat-nigerian-refuse-de-donner-son-feu-vert-au-president-bola-tinubu/>) Würde das Staatsoberhaupt dennoch eine Entscheidung zum kriegerischen Agieren treffen, dann könnte dies dort eine Verfassungskrise auslösen.

Ansonsten befürworteten innerhalb der CEDEAO respektive ECOWAS zunächst vor allem die Staatsführungen im Senegal, in der Côte d'Ivoire (oder Elfenbeinküste) sowie in Benin ein militärisches Eingreifen. Allerdings setzt die Regierung in Benin, wo dagegen Proteste stattfanden (vgl. <http://www.frontsyndical-classe.org/2023/08/niger-les-resistances-a-l-intervention-militaire-occidentale-par-cedeao-interposees-se-manifestent.html>), inzwischen laut eigenen jüngsten Erklärungen eher auf Dialog und eine Verhandlungslösung.

Viele Regierungen in ihr sind (der westafrik. Wirtschaftsgemeinschaft) politisch und ökonomisch eng mit Frankreich liiert, namentlich die amtierenden im Senegal und in der Elfenbeinküste. Allerdings ist ihr militärisches Schwergewicht unterdessen das englischsprachige Nigeria, das bereits in der Vergangenheit im übrigen Westafrika intervenierte, v.a. zu Anfang des Jahrtausends in Liberia. Dessen Präsident würde ganz gerne seine regionale Machtposition unterstreichen, doch muss er mit erheblichen innenpolitischen Widerständen dagegen rechnen. (<https://bnn.network/politics/nigerian-guild-of-editors-warns-against-military-action-in-niger-urges-ecowas-engagement/>)

Noch sind die Würfel für ein gewaltsames Eingreifen nicht gefallen. Es wäre der Bevölkerung in der ganzen Region zu wünschen, dass es dazu nicht kommt. Im Visier der Großmächte bleiben. Was selten wirklich Gutes verheißt.

KORREKTUREN und Einschätzungsdiskussion:

Noch kurz zu einer Fehlerkorrektur: Beim [letzten Artikel zum Thema](#) war aufgrund einer zu schnell verfassten Passage fälschlich zu lesen, die (bis zum Putsch vom 26. Juli 23 unter Staatspräsident Bazoum regierende) Partei PNDS-Tarayya sei "seit 30 Jahren Staats- und Regierungspartei".

Richtig ist, dass diese Partei seit drei Jahrzehnten zum politischen Gefüge in Niger zählt. So lange regierte sie jedoch noch nicht.

Richtig ist : Diese 1990 gegründete Partei zählte in den letzten drei Jahrzehnten zu den führenden politischen Kräften in Niger, übernahm 2011 die Regierungsgeschäfte und war zugleich mit Teilen des internationalen Establishments verwoben – die Partei gehört sowohl der so genannten Sozialistischen Internationalen (SI) als auch der, 2013 aus einer Abspaltung von ihr rund um die deutsche SPD hervorgegangenen so genannten Progressiven Allianz an. Um solchen Parteienbündnisse anzugehören, bedarf es übrigens keinerlei sozialdemokratischen Profils. Die SI umfasste etwa bis zu deren Auflösung und Verbot, infolge der Umbrüche in Nordafrika von 2011, sowohl die Staats- und Regierungspartei in Tunesien unter der Ben Ali-Diktatur, die „Verfassungspartei“ RCD als auch jene unter dem Mubarak-Regime in Ägypten, die National Democratic Party.

Die regierende Partei in Niger war also auch Teil einer korrupten Elite, die oft für westliche bzw. nördliche Interessen arbeiteten. Unter ihr fanden zwar Wahlen statt, und Issoufou verzichtete nach Ablauf seiner beiden Amtszeiten auch auf eine Wiederkandidatur. Dennoch trug die Demokratie Züge einer „gelenkten“, und viele Kommentare kommen zu der Auffassung, in Wirklichkeit sei Bazoum in Wirklichkeit eher als eine Art Strohmännchen seines Vorgängers Issoufou aufgestellt worden – in dessen Händen jedoch weiterhin viele Fäden in seinen Händen zusammenliefen. Eine auf die Region spezialisierte französische Journalistin und Buchautorin, Leslie Varenne, berichtet dazu, ausländische Staatschefs hätten in der Ära Bazoum grundsätzlich bei der Residenz Issoufous Halt gemacht, bevor sie dem offiziellen Präsidentenpalast einen Besuch abstatteten.

Kontrovers diskutiert hat der Verf. dieser Zeilen ansonsten mit Menschen, die sich (kurz gefasst) in der Region auskennen, über den Militärputsch von 1974 in Niger. Wie ein verbreitetes Narrativ lautet, ging auch der Verfasser bis dato davon aus, dieser habe die französische Politik zunächst überrascht und gegen ihre Interessen stattgefunden, danach habe man sich jedoch arrangiert. Vgl. dazu auch den in unserem Artikel zum Thema vom 06./07. August bei Labournet wiedergegebenen Link. Eine (ihrerseits plausible) Version lautet jedoch, diese verbreitete Darstellung sei geschminkt ; denn in Wirklichkeit habe das offizielle Frankreich den Armeeputsch in Niger von 1974 von Anfang an unterstützt, da die damals gestützte Regierung im Zuge der Ölkrise von 1973/74 nach der Steigerung des Rohöl- auch den, aus ihrer Sicht interessanten, Uranerzpreis habe anheben wollen....

Diesbezüglich nicht ungebrochen folgen kann der Verf. dieser Zeilen übrigens einem, bei dem (von mir überaus geschätzten) *Breueler Extradienst* soie bei *telepolis* publizierte Artikel, welcher die Dinge unter dem Strich so darstellt, als sei die nigrische Bevölkerung überwiegend vollkommen gegen den in ihrem Land betriebenen Uran-Abbau und deswegen gegen Frankreich eingestellt. (Vgl. <https://www.telepolis.de/features/Militaerputsch-im-Niger-Uran-Abbau-und-Umweltzerstoerung-als-tiefere-Gruende-9242545.html> und <https://extradienst.net/2023/08/12/niger-die-tiefere-wurzel/>)

Dies geht jedoch so nicht auf. Zwar wäre bzw. ist es politisch nachvollziehbar und richtig, gegen Atomenergie-Nutzung und deswegen auch gegen Uran-Abbau einzutreten, was darauf hinauslaufen würde, das Uranerz in der Erde zu lassen (oder überwiegend, vielleicht könnte man zu Forschungszwecken geringe Mengen extrahieren). Doch dieser Standpunkt dürfte in Niger nicht wirklich sehr verbreitet sein. Was natürlich damit zusammenhängt, dass dieser Rohstoff jedenfalls derzeit das teuerste Pfund ist, mit dem Niger auf den kapitalistischen Weltmärkten verhandeln kann.

Vorwürfe aus Niger betr. Uranpreis

Konkret von den strahlenden Konsequenzen von Uranabbau betroffene Anwohner/innen mögen gegen diese Rohstoffförderung eintreten, und diese selbstverständlich mit allem Recht.

Die Eliten in Niger (auch in derzeitigen Militärregierung!), aber auch ein relevanter Teil der Bevölkerung beschwert sich jedoch nicht grundsätzlich über die Tatsache des Uranabbaus im Land an und für sich. Sondern vor allem darüber, dass dieser für das Land nicht genügend abwirft. Ja, dass ausländische und vor allem französische Firmen den Abbau (bewusst) vernachlässigen, um den Niger einerseits und andere, konkurrierende Anbieterländer bzw. Lieferanten gegeneinander auszuspielen.

Denn in der jüngeren Periode wurde der Uranabbau vor Ort eher gedämpft denn ausgebaut. Die Jahrzehnte lang ausgebeutete Mine in Arlit wurde zu Anfang des Jahrzehnts wegen Erschöpfung der Vorkommen geschlossen. Die Eröffnung eines neueren Uranbergwerks in Imouraren wurde im vergangenen Jahr mehrfach verzögert, zunächst aufgeschoben und erst zu Anfang dieses Jahres wieder angekündigt. Und dies nicht, weil, wie Nichtregierungsorganisationen wie die französische NGO Survie kritisierten, der Abbau des radioaktiven Metalls gravierende sanitäre Folgen für die örtliche Bevölkerung haben könnte – auch dies trifft zu, doch übt sich die örtliche Elite kaum in Extraktivismus- und Atomenergie-Kritik -, sondern weil die französische Atomfirma Orana (ehemals AREVA) kein den Preis drückendes „Überangebot“ haben wollte.

In einem derzeit bei den *social media* umgehenden Interview der früheren tschadischen Präsidentengattin Hinda Déby (also der Gattin des oben erwähnten, 2021 getöteten Langzeitpräsidenten Idriss Déby Itno- brachte diese den Unmut im Nachbarland jüngst auf den Punkt: Die Franzosen wollten den Rohstoff gar nicht zügig abbauen und dafür zahlen, sondern ihn, jedenfalls vorläufig, im Boden lassen, „*nur sollen Andere ihn auch nicht bekommen*“. Dies dürfte im Übrigen auch einen Teil der Interessenunterschiede und Divergenzen, die derzeit zwischen dem tschadischen Regime und dem offiziellen Frankreich laut werden, mit erklären...

Seit spätestens 2007 hatte die französische Atomindustrie tatsächlich die Bedeutung von Niger als Lieferant erheblich relativiert. Damals stand, im Sommer jenes Jahres, eine Neuaushandlung der langfristig geschlossenen Abbauverträge und Schürfkonzessionen auf dem Programm. Der Weltmarktpreis für ein Kilogramm natürlichen Urans lag damals, im Spätsommer 2007, bei 192 Euro (oder an der New Yorker Börse, im Juni 2007, bei einem kurzzeitigen Maximalpreis von 135 US-Dollar pro Pfund, also 270 US-Dollar pro Kilogramm (vgl. <https://www.mataf.net/fr/matieres-premieries/edu/uranium>). Zwischen 2003 und 2007 hatte sich der Uranpreis dabei verneunfacht, also auf 900 % des Ausgangswerts erhöht.

Doch aufgrund von Verträgen mit langjähriger Laufzeit zahlte AREVA damals dem Niger noch 41,6 Euro pro Kilo. Im August 2007 musste das französische Unternehmen den Preis auf 60,97 Euro anheben. Doch fürchtete man in Paris einen wachsenden Appetit der nigrischen Seite, die zugleich kleinere neue Schürfkonzessionen an kanadische, südafrikanische, indische, chinesische und russische Firmen vergab.

Da nach dem Zusammenbruch der UdSSR aber riesige Uranvorkommen in Kasachstan und Russland auf den Weltmarkt drängten, orientierte sich Frankreich um und reduzierte die Lieferungen aus Niger. Erst ab circa 2015, mit dem Beginn der Russland-Sanktionen nach der Annexion der Krim im Vorjahr 2014, schwenkte man wieder stärker auf den Niger zu. Doch zu dem Zeitpunkt war wiederum der weltweite Uranpreis tief: Infolge des Atomunfalls im japanischen Fukushima vom 11. März 2011, sowie des in Folgezeit gefassten Atomausstiegsbeschluss in einem der weltweit führenden Industrieländer – nämlich der Bundesrepublik Deutschland – verfiel der Uranpreis (vgl. https://www.francetvinfo.fr/monde/afrique/niger/niger-les-mines-d-uranium-ne-sont-plus-rentables-victimes-de-leffondrement-des-cours-mondiaux_3675011.html), bevor er zu Anfang diese Jahrzehnts wieder kletterte. Im Jahr 2022 stieg er mit dem Beginn verschärfter Russland-Sanktionen innerhalb einiger Wochen um die Hälfte auf dann 63 Dollar pro Pfund, also gut einhundertzwanzig Dollar für's Kilo. (<https://fr.businessam.be/les-prix-de-luranium-ont-deja-augmente-de-50-cette-annee-ils-vont-continuer-a-augmenter/>) Derzeit liegt er bei rund 51 Dollar pro Pfund, also gut einhundert Dollar pro Kilo. (Vgl. <https://fr.investing.com/commodities/uranium-futures-historical-data>) Genau dort lag er übrigens im Juli 2011, also drei Monate nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima. (Vgl. <https://www.mataf.net/fr/matieres-premieries/edu/uranium>)

Auf dieser Mischung aus ökonomischer Frustration der einheimischen Eliten wie auch der nach möglichst gutbezahlten Arbeitsplätzen verlangenden Bevölkerung, politischem Unmut und militärischer Erfolglosigkeit des französischen „Kampfs gegen den Jihadismus“ basieren die Hintergründe für den jüngsten Putsch und damit zusammenhängende Optionen auf internationale Bündniswechsel.

Dies zu erkennen, ist richtig. Auch richtig ist es, politisch gegen Atomenergieeinsatz einzutreten. Nur sollte man nicht - unter Einebnung aller Widersprüche, in einer durchaus widerspruchsreichen Welt – grob vereinfachend so tun, als führten die nigrische Bevölkerung und die Eliten des Landes haargenau denselben Kampf wie etwa die Atomkraftgegner/innen hierzulande, und wollten allesamt das Uran schlicht im Boden lassen. Dem ist offenkundig nicht so.

Inhaltlich wäre es ja durchaus richtig, den Löwenanteil des Uranerzes tatsächlich ohne weiteres Zutun im Boden zu lassen. Nur müsste dann darüber diskutieren, wovon der Niger Geldeinnahmen oder andere (materielle) Transfers bezieht, die das Land nicht einfach als Armenhaus belassen. Unter einer anderen internationalen Wirtschaftsordnung dürfte dies kaum zu haben sein. Umso richtiger ist es, sich für eine solche einzusetzen. (Und gegen Entschädigungszahlungen für vom bisherigen Abbau Geschädigte in Niger spricht natürlich auch nichts, im Gegenteil.)

Artikel von Bernard Schmid vom 14.08.2023 - wir danken!

Anm.: Aktualisierte Langfassung; eine gekürzte, auf dem damaligen Informationsstand befindliche Version [erschien am 11. August 23 beim Onlinemagazin telepolis](#). Aktueller Stand vom Montag, den 14.08.23.

Siehe Hintergründe und weitere, frühere Artikel von Bernard Schmid im LabourNet Germany im Dossier: [Putsch in Niger: Ein weiterer Krieg für Bodenschätze?](#)